

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Lichdi
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thema: **Überfall auf Zirkusfamilie im Vogtland**

Laut Bericht der Leipziger Volkszeitung vom 28. August 2006 haben Jugendliche in der Nacht zum 26. August in Triebel (Vogtland) das Zelt einer Zirkusfamilie zerstört. Der Familienvater hat nach diesem Bericht die Täter als Angehörige der rechten Szene erkannt, außerdem sei er im Vorfeld des Angriffs explizit vor den Überfallplänen von Rechtsextremisten gewarnt worden. Im Polizeibericht fehle aber jeglicher Hinweis auf die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene. Berichte der Dresdner Morgenpost (27.8.) und der Freien Presse (28.8.) legen überdies den Eindruck nahe, dass die vorab informierte Polizei, es unterlassen hat, den Überfall zu vereiteln.

Fragen an die Staatsregierung:

1. Hat sich der Hinweis auf die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene mittlerweile bestätigt?
2. Wenn ja: Warum wurde die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene nicht im Polizeibericht vermerkt?
3. Trifft es zu, dass die Polizei es unterlassen hat, den Zirkus vor dem Überfall zu schützen?
4. Welche Erkenntnisse liegen über die etwaige Zugehörigkeit von Tätern zu politischen Organisationen, Parteien oder Kameradschaften und eine mögliche politische Motivation des Überfalls vor?
5. Wie wird gewährleistet, dass Beamtinnen und Beamte der sächsischen Polizei den extremistischen Hintergrund und die politische Motivation von Straftaten in ihren Berichten bzw. bei der Ermittlungstätigkeit angemessen berücksichtigen?

Dresden, den 28. August 2006



Johannes Lichdi, MdL

Eingegangen am: 29. AUG. 2006

Ausgegeben am: 27. SEP. 2006



SÄCHSISCHES
STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

DER STAATSMINISTER

Herrn Erich Iltgen, MdL
Präsident des Sächsischen Landtages

Dresden, den 25.09.2006
Aktenzeichen: 33-0141.50/2802
(Bitte bei Antwort
angeben)

- im Postaustausch -

**Kleine Anfrage des Herrn Abgeordneten Johannes Lichdi, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 4/6207
Thema: Überfall auf Zirkusfamilie im Vogtland**

Sehr geehrter Herr Präsident,

den Fragen sind folgende Ausführungen vorangestellt:

„Laut Bericht der Leipziger Volkszeitung vom 28. August 2006 haben Jugendliche in der Nacht zum 26. August in Triebel (Vogtland) das Zelt einer Zirkusfamilie zerstört. Der Familienvater hat nach diesem Bericht die Täter als Angehörige der rechten Szene erkannt, außerdem sei er im Vorfeld des Angriffs explizit vor den Überfallplänen von Rechtsextremisten gewarnt worden. Im Polizeibericht fehle aber jeglicher Hinweis auf die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene. Berichte der Dresdner Morgenpost (27.8.) und der Freien Presse (28.8.) legen überdies den Eindruck nahe, dass die vorab informierte Polizei es unterlassen hat, den Überfall zu vereiteln.“

Namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Hat sich der Hinweis auf die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene mittlerweile bestätigt?

Der Sächsischen Staatsregierung liegen zu einer der in den Abend- und Nachtstunden des 25. August 2006 festgestellten tatverdächtigen Person Erkenntnisse zu einem Propagandadelikt aus dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität - rechts - im Jahr 2004 vor.

Ob diese Person für die Handlung am und im Zirkuszelt als Täter in Frage kommt, ist Bestandteil der Prüfungshandlungen im laufenden Ermittlungsverfahren.

Frage 2:

Wenn ja: Warum wurde die Zugehörigkeit der Täter zur rechten Szene nicht im Polizeibericht vermerkt?

Objektive Erkenntnisse zu einem rechtsextremistischen Hintergrund lagen der Polizei weder zum Zeitpunkt des Eingangs der Hinweise auf die möglicherweise bevorstehende Störung noch im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit dem Einschreiten vor Ort vor.

Verdichtende Informationen, die Überlegungen zur Einleitung von Ermittlungen auch in diese Richtung hätten veranlassen können, wurden erst im Laufe des 26. August 2006 bekannt.

Frage 3:

Trifft es zu, dass die Polizei es unterlassen hat, den Zirkus vor dem Überfall zu schützen?

Am Abend des 25. August 2006 gingen bei verschiedenen Dienststellen der Polizeidirektion Südwestsachsen Anrufe besorgter Bürger aus Obertriebel ein, die von einem eventuell bevorstehenden oder angekündigten „Überfall“ bzw. von einer Personengruppe um einen Herrn N. sprachen, die „Stress“ machen wollten. Konkretere Hinweise konnten von den Anrufern nicht erlangt werden.

Die Situation stellte sich den daraufhin vor Ort eingesetzten Beamten als eine mögliche bevorstehende Auseinandersetzung zweier rivalisierender Personengruppen dar. Eine Ursachenforschung, die zur Beilegung des Konfliktes hätte beitragen können, war zu diesem Zeitpunkt wegen der emotionsgeladenen Grundstimmung und der teilweisen alkoholischen Beeinflussung der Personen nicht möglich.

Die von der Polizei eingeleiteten und durchgesetzten Maßnahmen der Identitätsfeststellung und die Erteilung von Platzverweisen von beziehungsweise gegen elf angetroffene Personen sowie die offene Präsenz der Polizeikräfte in der Ortschaft Obertriebel führten zu einer Beruhigung der Lage.

Frage 4:

Welche Erkenntnisse liegen über die etwaige Zugehörigkeit von Tätern zu politischen Organisationen, Parteien oder Kameradschaften und eine mögliche politische Motivation des Überfalls vor?

Die Polizeidirektion Südwestsachsen geht gegenwärtig davon aus, dass die Motive der handelnden Personen einer politisch motivierten Gewaltstraftat im Phänomenbereich der Politisch motivierten Kriminalität - rechts - zuzuordnen sind.

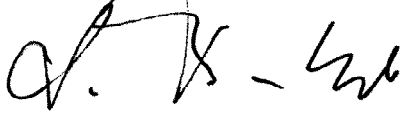
Frage 5:

Wie wird gewährleistet, dass Beamtinnen und Beamte der sächsischen Polizei den extremistischen Hintergrund und die politische Motivation von Straftaten in ihren Berichten bzw. bei der Ermittlungstätigkeit angemessen berücksichtigen?

Unvoreingenommenheit und ein möglichst hoher Grad an Objektivität sind wesentliche Merkmale einer polizeilichen Ermittlungstätigkeit einschließlich deren Dokumentation in polizeilichen Akten und Berichten. Dies gilt ebenso für die Erforschung subjektiver Tatbestandsmerkmale einschließlich der Motivation der Täter.

Die Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität nehmen in den Aus- und Fortbildungsmaßnahmen der Beamtinnen und Beamten der sächsischen Polizei einen hohen Stellenwert ein. Insbesondere auf die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität - rechts - legt die sächsische Polizei seit vielen Jahren großes Augenmerk. Beleg für das konsequente Vorgehen gegen Rechts sind innerhalb und außerhalb Sachsens anerkannte Aktivitäten und Erfolge der „SoKo REX“.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Buttolo', written in a cursive style.

Dr. Albrecht Buttolo